



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Helmut Heiderich, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden 71
Raum 115
Telefon 030 227 – 73182
Fax 030 227 – 76924
E-Mail: helmut.heiderich@bundestag.de

Wahlkreis
Dudenstraße 25
36251 Bad Hersfeld
Telefon 06621 6204165
Fax 06621 63979
E-Mail: helmut.heiderich@wk.bundestag.de

Berlin, 22.11.2012

Rede vor dem Deutschen Bundestag am Mittwoch, 21. November 2012 Haushaltsdebatte „Einzelplan 23“

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat das Wort der Kollege Helmut Heiderich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bundesminister Niebel hat bei der Vorstellung des Haushalts vor wenigen Wochen darauf hingewiesen, dass das BMZ zum vierten Mal in Folge einen Rekordhaushalt vorlegt.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt nicht mehr!)

Nun hat ihm der Haushaltsausschuss buchstäblich und im wahrsten Sinne des Wortes einen Strich durch die Rechnung gemacht. Meine verehrten Damen und Herren von den Grünen, eben habe ich erfahren, dass Sie an dieser Streichung aktiv beteiligt waren.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird nicht besser durch Wiederholung!)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wenn Sie jetzt mit Ihrem Antrag kommen und das, was Sie gestrichen haben, wieder aufsetzen wollen, dann ist das wirklich eine Kapriole besonderer Art.



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie die Zwischenfrage von Herrn Hoppe zulassen?

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Jetzt nicht, später bitte.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wohl?)

Was aus der technischen Sicht der Haushälter sicherlich ein Korrekturposten unter vielen gewesen sein mag, war für die Gesamtdarstellung der Entwicklungspolitik in der Öffentlichkeit leider ein Desaster; denn in Relation zum Haushalt 2012 – das ist jetzt schon ein paarmal gesagt worden – bleibt unter dem Strich ein Minus, wenn auch ein kleines, von 86 Millionen Euro.

Natürlich haben sich alle Journalisten und Entwicklungsorganisationen, von Agro Action bis World Vision, darauf gestürzt und sich zu Wort gemeldet. Ich will nur einige Überschriften nennen: „Deutschland kürzt Entwicklungshilfe“, „Deutschland begräbt ein Stück globaler Verantwortung“, „Deutschland verabschiedet sich aus seiner internationalen Verantwortung“, „Sparen auf Kosten der Ärmsten“ usw.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Da haben sie recht!)

Das war die direkte Reaktion auf diese Entwicklung. Ich denke, all dies wäre leicht zu vermeiden gewesen, wenn nicht auch Sie, Frau Hinz, die Hand gehoben hätten, sondern sie unten gelassen hätten.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch nicht! – Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lache mich kaputt!)

Ich sage eines dazu ganz deutlich: Wir Entwicklungspolitiker haben diese Situation nicht zu verantworten. Wir Entwicklungspolitiker – das sage ich genauso deutlich – wollen und werden uns nicht von unserer internationalen Verantwortung verabschieden. Wir werden weiter kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Trotz all dieser Schlagworte, die eben von mir zitiert worden sind, werden wir für das kommende Haushaltsjahr, auch nach der Veränderung des Etats, niemandem einen einzigen Euro wegnehmen oder irgendwelche Mittel streichen. Das Gegenteil ist richtig. Auch nach der Veränderung werden 23 Millionen Euro zusätzlich vergeben. Ich liste auf: 5 Millionen Euro für die berufliche Aus- und Fortbildung, 4 Millionen Euro für die Vereinten Nationen, 2 Millionen Euro für politische Stiftungen,



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

2 Millionen Euro für Kirchen und 10 Millionen Euro für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz. Das alles wird zusätzlich im kommenden Haushaltsjahr geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun werden Sie fragen: Wo ist denn das Problem? Warum diese Aufregung? Nun, wir haben eben schon gehört – ich will das ganz kurz machen –, dass für den Europäischen Entwicklungsfonds 838 Millionen Euro angesetzt waren. Zwei Tage vor der Verabschiedung gab es einen neuen Hinweis – ich habe mir das extra aus dem BMF geben lassen –, dass diese Mittel aus Gründen, die man in Brüssel zu verantworten hat und nicht bei uns – ich will das nicht lange ausführen –, reduziert werden. Das BMF hat interessanterweise in seinen Beurteilungsbogen hineingeschrieben: politische Bedeutung gering. – Ich glaube, an dieser Stelle hat man sich ein wenig verschätzt.

(Beifall der Abg. Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU])

Leider muss ich auch feststellen: Kein Einziger von denen, die ich eben zitiert habe – wenn man sich die Stellungnahmen aufmerksam durchliest, ist das eindeutig zu erkennen –, hat sich mit diesen inneren Zusammenhängen beschäftigt. Deswegen ist es auch ganz natürlich, dass sich die Opposition auf dieses Ereignis einschießt.

Ich halte aber auch fest: Was die Grünen hier heute beantragen, ist nichts anderes als Bilanzkosmetik.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Regierungsentwurf! Den wollen wir wiederhaben! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wir sind von Natur aus schön! Wir brauchen keine Schminke!)

Mit der Annahme dieses Antrags – das sage ich ganz deutlich; Herr Hoppe kann mich ja gleich noch dazu befragen – wird kein Einziger weltweit im nächsten Jahr auch nur einen einzigen Euro mehr bekommen als jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Setzt man diese Veränderung in Relation zu der Entwicklungspolitik, die mit diesem Haushalt insgesamt geleistet wird, ist ganz deutlich zu sagen: Man muss die Kirche im Dorf lassen. Deutschland wird in 2013 insgesamt über 10 Milliarden Euro an ODA-Leistungen erbringen. Obwohl wir selbst nur 1,1 Prozent der Weltbevölkerung darstellen, werden wir international den zweitgrößten Anteil aller Staaten leisten – direkt hinter den USA. Auch darauf muss einmal öffentlich hingewiesen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen hat Frankreich seine ODA-Quote im letzten Jahr um 5,6 Prozent gesenkt. England hat sie um 0,8 Prozent reduziert. Außerdem hat die neue französische Regierung gerade mitgeteilt, dass die ODA-Quote für die nächsten Jahre bei



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

0,4 Prozent eingefroren werden soll. Und schauen Sie einmal in die USA: Die ODA-Quote beträgt dort 0,2 Prozent.

Deshalb ist dieser Fetischismus, immer auf die Hundertstelstellen nach dem Komma zu schauen und daran eine erfolgreiche Entwicklungspolitik festzumachen, für mich kein Maßstab. Für mich ist der Maßstab, ob wir es schaffen, dass die Menschen in dieser Welt eine bessere Lebensqualität erreichen.

Ich will einmal einige Beispiele nennen. 3 Milliarden Menschen weltweit haben nach wie vor weniger als 2 Dollar am Tag zur Verfügung. 1,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Energie. 1 Milliarde Menschen weltweit muss immer noch Hunger leiden.

An diesen Stellen müssen wir ansetzen und aufhören, hier über Hundertstelstellen hinter dem Komma zu diskutieren. Gerade bei der Hungerbekämpfung hat diese Koalition in den letzten Jahren eine Menge enormer Verbesserungen erreicht. Was in rot-grüner Regierungszeit – darüber haben wir uns ja schon einmal unterhalten – fast aus dem Haushalt herausgestrichen worden war, ist unter unserer Verantwortung wieder deutlich aufgewachsen. Wir haben damit international neues Renommee für Deutschland gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Ministerium hat eine Taskforce eingerichtet. Ein Zehn-Punkte-Programm ist in der Umsetzung. Gemeinsam mit dem Agrarministerium haben wir Vereinbarungen getroffen, um die Schlagkraft der beiden Ministerien zusammenzufügen. Im Sinne einer modernen Ausrichtung der Hungerbekämpfung haben wir die Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung ins Leben gerufen. Ich glaube, damit machen wir deutlich, dass wir das Problem des Hungers weltweit von verschiedenen Seiten ins Visier nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass wir hier im Detail an Verbesserungen weltweit arbeiten, sind die 1,4 Milliarden Euro, die nach dem heute hier gestellten Antrag der SPD auf den Haushalt draufgesattelt werden sollen, wirklich kein Betrag, der in irgendeiner Weise auch nur annähernd realistisch wäre.

(Beifall der Abg. Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU])

Es kann auch nicht sein, dass Ihr haushaltspolitischer Sprecher gestern erklärt, diese Bundesregierung spare zu wenig und müsse wesentlich mehr Geld einsammeln, und Sie heute fordern, 1,4 Milliarden Euro draufzusatteln. Das ist eine Doppelmoral, die man hier nicht so stehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Letzter Punkt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es ist eben schon kurz angesprochen worden: Sie sollten sich einmal an das erinnern, was uns von den Fachleuten in der Anhörung im Frühjahr aufgegeben worden ist. Damals hieß es nicht, wir sollten zusätzliches Geld über die Welt ausschütten, sondern es hieß, wir sollten uns darum kümmern, die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu verbessern. Ich glaube, auch da haben wir und unsere Regierung einen guten Anfang gemacht. Wir haben zum Beispiel beim Global Fund gezeigt, wie man die Wirksamkeit verbessert. Wir haben das Deutsche Evaluierungsinstitut gegründet. Je höher dessen Wirksamkeit wird, desto mehr können wir mit dem eingesetzten Geld machen. Das ist allemal besser, als sich auf eine Hundertstelstelle hinter dem Komma zu konzentrieren.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention gebe ich das Wort dem Kollegen Thilo Hoppe.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Kollege Heiderich, Sie haben behauptet, die grüne Fraktion sei für eine Kürzung des Entwicklungsetats. Ich möchte Sie herzlich bitten, diese Behauptung zurückzunehmen und zur Kenntnis zu nehmen, dass wir Aufwüchse in Höhe von 900 Millionen Euro für den Entwicklungshaushalt beantragt haben.

Wenn einer Rückführung von nicht benötigten Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds in Höhe von 144 Millionen Euro zugestimmt wurde, dann muss das gegen die Aufwüchse von 900 Millionen Euro gegengerechnet werden. Der von uns gewünschte Aufwuchs ist daher immer noch groß: mehr als 750 Millionen Euro.

Es geht hier nicht um irgendwelche Stellen weit hinter dem Komma; vielmehr stimmen wir gleich darüber ab – ich kann es noch einmal in Erinnerung rufen –, ob der Entwicklungsetat zum ersten Mal seit langer Zeit real gekürzt wird – gegen den Willen der Bundesregierung, gegen den Willen des Entwicklungsministers und gegen den Willen vieler Kolleginnen und Kollegen aus dem Entwicklungsausschuss – oder ob wir diese Kürzung zurücknehmen und den alten Regierungsentwurf wieder einsetzen. Darum geht es gleich in der Abstimmung.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Heiderich, möchten Sie erwidern? – Bitte schön.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Herr Kollege Hoppe, wir haben vorhin zweimal gehört, dass im Haushaltsausschuss eine Kürzung von 144 Millionen Euro beschlossen worden ist und dass dieser Beschluss dazu geführt hat, dass jetzt im Entwicklungsetat unter dem Strich kein Plus steht, wie vorher, sondern ein Minus. Die Debatte dieser Woche in allen deutschen Zeitungen und in zahlreichen Institutionen hat sich darum gedreht, dass



Helmut Heiderich
Mitglied des Deutschen Bundestages

die Kürzung von 144 Millionen Euro unter dem Strich zu einem Minus führt. Diese Kürzung ist – das ist eben von Frau Hinz bestätigt worden – mit Ihrer Stimme beschlossen worden.

(Lachen der Abg. Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen ist das Ergebnis auch von den Grünen verursacht. Auch Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie dafür gesorgt haben, dass unter dem Strich ein Minus herausgekommen ist. Das dürfen Sie nicht anderen vorwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können nicht rechnen!)